

Antrag 302/II/2022

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Indexmieten verbieten!

1 Wir fordern, dass sich die SPD Bundestagsfraktion für ein
2 Verbot von Indexmieten einsetzt.

3

4

5

6 **Begründung**

7 Immer mehr Vermieter*innen wollen in Zeiten der In-
8 flation mit Indexmieten ihre Rendite steigern. Eine In-
9 dexmiete koppelt die Höhe der Miete an den Verbrau-
10 cher*innenpreis-Index des Statistischen Bundesamt, der
11 als Basis für die Inflationsrate dient. Die Inflation stieg zu-
12 letzt auf 7,5% - das ist der höchste Stand seit mehr als 40
13 Jahren. Preissteigerungen in allen Bereichen des Lebens
14 sind die Folge.

15

16 Eine steigende Inflation bedeutet somit auch steigen-
17 de Kaltmieten! Zudem kann die Miete losgelöst von der
18 ortsüblichen Vergleichsmiete (Stichwort: Mietpreisbrem-
19 se muss nicht eingehalten werden) erhöht werden, wenn
20 der Verbraucher*innenpreisindex steigt. Zwar müssen die
21 Mieten bei Vertragsabschluss die Vorgaben des Gesetz-
22 gebers erfüllen, aber dies gilt nicht für spätere Anpas-
23 sungen. Das bedeutet: auch in Mietverhältnissen mit ho-
24 hen Vertragsabschlussmieten ist weiterhin eine Index-
25 mieterhöhung möglich, während dies ohne Indexmiet-
26 vereinbarung nicht der Fall wäre, da die ortsübliche Ver-
27 gleichsmiete bereits überschritten und damit eine Miet-
28 erhöhung gemäß § 558 BGB ausgeschlossen wäre.

29

30 Zwar könnten Indexmieten in Zeiten von niedriger Infla-
31 tion auch einen Vorteil für Mieter*innen haben, doch die
32 Art der Miete setzt immer noch der/die Vermieter*in fest.
33 Diese*r könnte auch ohne Indexmiete eine sozialverträg-
34 liche Miete festsetzen.

35

36 Wir dürfen als Sozialdemokrat*innen auf keinen Fall zu-
37 lassen, dass reiche Menschen sich noch mehr an Ärmeren
38 bereichern und eine Umverteilung von unten nach oben
39 stattfindet. Das Gegenteil sollte der Fall sein.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Wir fordern, dass sich die SPD Bundestagsfraktion für ein
Verbot von Indexmieten einsetzt.

Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung sowie der SPD-
Bundestagsfraktion werden aufgefordert, für Indexmieten
entsprechend § 558 BGB eine Kappungsgrenze von 20 Pro-
zent und in angespannten Wohnungsmärkten eine Kap-
pungsgrenze von 15 Prozent in drei Jahren einzuführen,
um Mieter*innen in Zeiten hoher Inflation vor übermäßi-
gen Mietsteigerungen zu schützen.